

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fests- und Veranlagungsbelegkosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegkosten werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 33-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Ziegl.-Wd.: Kltterband Bochum.

Nahrungsmittelverteuerung, Bechen- Ueberschüsse und Arbeiterlöhne.

Die Klagen des Volkes über die wucherisch aufgetriebenen Nahrungsmittelpreise werden offensichtlich erbitterter. Wo sich jedoch die Beschwerdeführer auch hinwenden, keine Produzenten- oder Händlergruppe will schuldig an dem Nahrungsmittelwucher sein. Einer schiebt die Schuld auf den anderen. Von einer Verbilligung der nötigsten Lebensmittel ist nichts zu spüren. Im Gegenteil, wir hören von Sachverständigen, daß eher noch mit einer Preissteigerung, namentlich für Fleisch- und Fettwaren, auch für die nahrhaften Hülsenfrüchte zu rechnen ist.

Wie können die äuerst angespannten Arbeitskräfte erhalten bleiben bei so unerhöht hohen Preisen für die wichtigsten Nahrungsmittel? Mit der Kartoffelnahrung allein geht das nicht!

Da keine nennenswerte Nahrungserbilligung zu erwarten ist, so müssen nun die Löhne erhöht werden! Darum kommen wir nicht herum, wenn das Schlimmste verhängt werden soll. Die geringfügig durchschnittlich die Bergarbeiter-Löhne während der Kriegsdauer im Vergleich zu der ungeheuerlichen Lebensmittelteuerung gebessert sind, ja, daß sie zum Teil noch fielen, haben wir in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Ztg.“ an Hand der amtlichen Lohnziffern nachgewiesen. Wir haben gewissenhaft mit den anormalen Betriebsverhältnissen gerechnet und tun es ferner. Da jedoch die Zustände auf dem Lebensmittelmarkt keine Besserung erfahren, bleibt gar nichts anderes übrig als die Löhne namhaft zu erhöhen.

Sind die Bechenbesitzer dazu jetzt in der Lage? Jawohl, sie sind es, wofür wir nunmehr einen schlüssigen Beweis antreten können.

Die größte „reine“ Steinkohlenbergwerksgesellschaft Deutschlands, die L.-G. Harpen, hat jetzt ihren Betriebsbericht für das erste Kriegsjahr (1914/15) veröffentlicht. In den ersten Kriegsmontaten (August-September) sind bekanntlich die bedeutendsten Betriebs- und Arbeiterleistungen eingetreten. Dann ging es allmählich immer besser. Was also überhaupt an größeren Einzahlungsverlusten bei den Bergwerksgesellschaften eingetreten ist, das fällt in das erste Kriegsjahr.

Die Gesellschaft Harpen ist eine „reine“ Kohlenzechen-Gesellschaft, d. h. sie ist nicht mit Hüttenwerken, Maschinenfabriken u. dgl. verbunden. Anfolgedessen gibt der Geschäftsabschluss von Harpen das klarste Bild von den Betriebsverhältnissen des Kohlenbergbaus. Dies umsomehr, weil es sich um ein sehr großes Unternehmen handelt, dem 21 Kohlenzechen von verschiedener Güte in verschiedenen Teilen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes eignen. Was lehrt uns der Geschäftsabschluss von Harpen?

Betrachten wir uns zunächst die Kohlenförderung, die Belegschaftsziffer und die Förderung pro Arbeiter:

	Kohlenförderung	Arbeiterzahl (alle Betriebe)	Förderung pro Kopf der Belegschaft
	Tonnen		Tonnen
1913/14	8 206 664	31 048	264
1914/15	6 454 559	24 330	265

Die Förderung pro Arbeiter ist also nicht, wie gewisse Notizen in der Bechenpresse besagen, gefallen, sondern noch etwas gestiegen, obgleich ein großer Teil gerade der geschuldeten Bergarbeiter (zirka ein Drittel) zum Heeresdienst einberufen wurde und an ihre Stelle weniger geschulte und ältere Leute treten mußten. Die andere landläufige gewordene Erklärung, es seien während des Kriegsjahres weniger oder fast gar keine Vorrichtungsarbeiten und Neubauten ausgeführt worden, stimmt auch nicht, denn Harpen hat 1914/15 für 12,84 Millionen Mark (1913/14: 13,84 Mill. Mk.) „Neubauten“ ausführen lassen. Es demnach trotz geringerer Qualität der Belegschaft ein höherer Fördereffekt pro Arbeiter erzielt worden!

Wie sieht es mit den Betriebskosten? Die Bechenpresse hat unzählige Male berichtet, die Selbstkosten pro Tonne Förderung seien während des Krieges „um etwa 2 Mark pro Tonne“ gestiegen, daher seien die zweimaligen Preiserhöhungen unumgänglich gewesen. Was aber lehrt uns der Harpener Geschäftsbericht? Danach betragen die

	1913/14	1914/15
	Mk.	Mk.
Selbstkosten pro Tonne Kohlen	9,85	10,30
Erlöse pro Tonne Kohlen	11,85	12,—
Durchschnittliche Arbeiterlöhne pro Schicht (Gesamtbelegschaft)	5,50	5,31
Lohnausgabe pro Tonne Förderung	6,72	6,70

Wir haben, da uns eine Einzelaufrechnung der Lohnsumme nicht vorliegt, die Gesamtlohnsumme (für alle Betriebe der Gesellschaft) auf die Kohlenförderung berechnet, denn diese ist die

Grundlage der ganzen Geschäftsgebarung des Unternehmens. Und wir sehen nun, daß sich die Selbstkosten der Gesellschaft 1914/15 nur um 45 Pfennig pro Tonne erhöhten!!! Nicht den vierten Teil von den angeblich „zirka 2 Mark Selbstkostenerhöhung“.

Wir sehen weiter, daß diese erstaunlich geringe Selbstkostenerhöhung nicht durch Lohnserhöhungen entstanden ist, vielmehr ist der Lohn überhaupt und auch pro Tonne Förderung gesunken!!!

Damit fällt die weitere Behauptung der Bechenpresse, „der Durchschnittslohn ist nur gesunken, weil die geringeren bezahlten Arbeitergruppen sich prozentual vermehrt, aber der pro Tonne ausgezahlte Lohn ist doch höher geworden“ — auch diese Behauptung stellt sich als falsch heraus! Der Arbeiterlohn ist absolut und im Verhältnis zur Förderung herabgedrückt worden!!!

Jetzt das finanzielle Betriebsergebnis. Da, wie gesagt, die Harpener Gesellschaft ein „reines“ Bergwerkunternehmen ist, dessen Grundlage die Kohlenförderung darstellt, muß diese in ein Verhältnis zu den Gesamtüberschüssen gebracht werden. Die totalen Brutto-Ueberschüsse der Gesellschaft betragen

	Mk.	pro Tonne Förderung	pro Tonne Förderung mit gleichen Vortrag
1913/14	25 328 380	3,08	3,08
1914/15	23 531 245	3,80	3,85

Für 1914/15 wurde aus den vorjährigen Ueberschüssen 2 114 509 Mk. „vorgetragen“, gegen 261 000 Mk. für 1913/14. Wir haben nun einmal den Rohertrag berechnet mit dem besonders hohen und dann auch mit dem gleichen Vortrag. Der Ueberschuß pro Tonne Förderung ist gestiegen — während die Arbeiterlöhne trotz höherem Fördereffekt pro Arbeiter gefallen sind!

Wir haben dann auch berechnet, wie hoch der Betriebsüberschuß pro Tonne lediglich bei der Kohlenförderung ist und schließlich, wie hoch sich der pro Kopf der Gesamtbelegschaft erstellte Gesamtüberschuß stellt. Hier ergab sich folgendes:

	Ueberschuß pro geförderte Tonne nur im Bechenbetrieb (runde Zahlen)	Gesamtüberschuß pro Kopf der Gesamtbelegschaft (runde Zahlen)
1913/14	1,40 Mk.	801 Mk.
1914/15	1,50 Mk.	967 Mk.

Was bleibt nun von all den Behauptungen der Bechenpresse von den angeblich „außerordentlich zeitigen Selbstkosten“, den „geringeren Ueberschüssen“ und den „fortwährend steigenden Arbeiterlöhnen“ übrig? Die Verteilung des Rohgewinns, so daß ein geringerer „Reingewinn“ übrig bleibt, ist bekanntlich nicht entscheidend für das Urteil über die Betriebsrentabilität. Entscheidend ist hier das Totalresultat pro geförderter Kohle und pro Arbeiter.

Harpen gehört nun nicht einmal zu den Bechengeellschaften mit den besten Ueberschüssen, o nein, es gibt eine Reihe Unternehmen mit noch höherer Betriebsrente. Die Größe dieses Unternehmens und seine Eigenschaft als „reine“ Kohlenbergwerksgesellschaft gestattet uns, von dem Geschäftsergebnis Harpens aus die Geschäftslage im Kohlenbergbau überhaupt zu beurteilen.

War sie in den ersten Kriegsmontaten nicht gut, so ist sie mittlerweile immer besser und jetzt recht günstig geworden.

Nun können und müssen wir die Forderung nach einer den Teuerungsverhältnissen und der guten Betriebsrente angemessenen Lohnerhöhung erheben! „Alle müssen im Interesse des Vaterlandes Opfer bringen“, so lesen und hören wir fortgesetzt. Dem stimmen wir zu. Aus dem Geschäftsbericht von Harpen aber lernen wir, daß die Arbeiter einen größeren Teil ihrer Arbeitskraft für weniger Lohn opfern mußten, während die Bergwerkunternehmer, an sich schon vermögende Leute, höhere Kennenüberschüsse und erheblich höhere Ueberschüsse pro Arbeiter einheimten. Wie kämen die Arbeiter dazu, das als eine ihren großen Opfern würdige Behandlung hinzunehmen? Wer will es uns glaubhaft machen, es läge im vaterländischen Interesse, daß eine kleine Gruppe von Zeitgenossen jetzt noch ihr Vermögen vermehren, während die große Volksmasse verarmt und nicht weiß, wo sie die notwendige Nahrung hernehmen soll? „Alle müssen Opfer bringen“, nicht nur die ohnehin armlich gestellten Arbeiter.

Nochmals betonen wir darum: Weil wir keine billigeren Nahrungsmittel erhalten, fordern wir jetzt eine angemessene Lohnerhöhung! Wir wissen bestimmt, daß wir mit dieser Forderung die Meinung der ungeheuren Mehrheit der Bergleute vertreten.

enthalten sein. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ist durch die Einführung von Zweiganstalten für die einzelnen Bezirke und verschiedenen Beitragsklassen, ähnlich wie bei der Reichsinvalidenversicherung, ausreichend zu berücksichtigen. Sowohl der Höhe Reichstag wie auch der Höhe Bundesrat werden gebeten, einem solchen Gesetze zuzustimmen.

Gründe:

Das deutsche Knappschaftswesen leidet an einer zu großen Zersplitterung. Während die reichsgesetzliche Invalidenversicherung eine einheitliche Organisation für das ganze Reichgebiet vorzieht, bestehen auf dem Gebiete des Knappschaftswesens für die verschiedenen Bergbaubezirke nicht selten sogar für einzelne Werke besondere Knappschaftsvereine. Nach der letzten Statistik bestanden zu Beginn des Jahres 1913 folgende Vereine:

	Zahl der Vereine	Zahl der Mitglieder
in Preußen	62	904 817
in Sachsen	3	38 897
in Bayern	22	18 561
in Württemberg	3	2 431
im Großherzogtum Hessen	5	2 918
im Herzogtum Braunschweig	3	4 527
im Herzogt. Sachsen-Meiningen	1	65
im Herzogt. Sachsen-Altenburg	1	4 071
im Herzogtum Anhalt	1	5 120
im Fürstentum Waldeck	1	114
im Fürstentum Schwarzburg	1	75
in Elßa-Lothringen	8	88 024
zusammen	111	1 009 615

Viele von den bestehenden Vereinen sind schon ihrer geringen Mitgliederzahl wegen nicht genügend leistungsfähig. Nach einer Statistik des Herrn Dr. Zimmermann vom Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum waren am Ende des Jahres 1913 in Preußen vorhanden:

- 11 Vereine mit mehr als 10 000 Mitgliedern
- 9 Vereine mit 5000 bis 10 000 Mitgliedern
- 14 Vereine mit 1001 bis 5 000 Mitgliedern
- 8 Vereine mit 501 bis 1 000 Mitgliedern
- 9 Vereine mit 101 bis 500 Mitgliedern
- 11 Vereine bis zu 100 Mitgliedern.

In Bayern hatten am Schlusse desselben Jahres die 22 Knappschaftsvereine zusammen 14 242 Mitglieder. Der Salzunger Knappschaftsverein in Sachsen-Meiningen hatte gar nur 65 Vereinsangehörige.

Noch keine 50 Mitglieder in der Pensionskasse zählten folgende Vereine am 1. Januar 1914:

	Zahl der Pensionskassenmitglieder
Gottesgabener Knappschaftsverein	7
Knappschaftsverein Saline Westerkotten	9
Knappschaftsverein Münster am Stein	10
Neusalzwerker Knappschaftsverein	18
Sassenborfer Knappschaftsverein	20
Nothensfelder Knappschaftsverein	22
Knappschaftsverein Hohenz. Lande	26
Werler Knappschaftsverein	28
Theodorshaller Knappschaftsverein	38
Knappschaftsverein Saline Halle	44

Dabei muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Knappschaftsvereine, denen nur wenige Werke angeschlossen sind, oder die sich auf die Arbeiter eines Werkes beschränken, sogar recht groß ist. In Preußen gab es z. B. am Schlusse des Jahres 1912:

- 5 Vereine mit mehr als 100 Vereinswerken,
- 7 Vereine mit 51 bis 100 Vereinswerken,
- 12 Vereine mit 11 bis 50 Vereinswerken,
- 4 Vereine mit 6 bis 10 Vereinswerken,
- 4 Vereine mit 5 Vereinswerken,
- 2 Vereine mit 4 Vereinswerken,
- 4 Vereine mit 3 Vereinswerken,
- 2 Vereine mit 2 Vereinswerken,
- 22 Vereine mit 1 Vereinswerk.

In Bayern waren im Jahre 1913 im Bereich der 22 Knappschaftsvereine nur 45 Werke. In anderen Bundesstaaten sieht es nicht besser aus.

Müssen Werke stillgelegt werden, so hüben die in Frage kommenden Knappschaftsvereine, sofern sie sich auf die Arbeiter eines Werkes oder nur weniger Werke beschränken, ihre Zahlungsfähigkeit ein. Die Leidtragenden sind die Pensionskassenmitglieder und ihre Angehörigen.

Schon diese Ausführungen zeigen, daß eine Vereinheitlichung des Knappschaftswesens dringend notwendig ist, wenn es seinen Zweck erfüllen soll. Aber auch die finanzielle Lage der Knappschaftsvereine zwingt zu einer Verschmelzung. In vielen Vereinen ist die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungen obsolet nicht gewährleistet. Wie es mit der Sicherstellung der bewilligten Pensionen auf Grund des Kapitalbedarfsverfahrens aussieht, lehren folgende Angaben:

	1906 für Jahre	1913 für Jahre	Witzbedejahr der Pensionskasse 1. Januar 1914
Quinter Knappschaftsverein	2	1	530
Rottenheimer	6	3	559
Ybbenbürener	6	5	1 104
Unterharzer	10	6	1 288
Riedermendiger	8	6	247
Salberger	10	7	3 718
Müßener	10	8	842
Thüringischer	9	8	424
Ilseber	11	9	5 206

Bei diesen Vereinen ist seit dem Jahre 1908 eine Verschlechterung der Sicherheitsleistung eingetreten. Dringend notwendig wäre hier eine Sanierung und nur die Verschmelzung dieser Vereine mit leistungsfähigen kann sie vor gänzlichem Zusammenbruch bewahren.

Nicht oder nur sehr wenig haben sich die Verhältnisse in nachfolgend aufgeführten Knappschaftsvereinen gebessert, lassen aber auch da noch viel zu wünschen übrig. Die laufenden Pensionen waren durch Rücklagen gedeckt beim

Für ein Reichs-Knappschaftsgesetz.

Die vier Bergarbeiterorganisationen reichten an den Reichstag und den Bundesrat folgende Eingabe ein:

Bochum, den 20. Oktober 1915.

An den Hohen Reichstag und den Hohen Bundesrat in Berlin.

Unterzeichnete Vertreter der vier Bergarbeiterverbände eruchen im Auftrage der organisierten Bergarbeiterschaft den Reichstag, dahin zu wirken, daß baldigst der Entwurf eines Knappschaftsgesetzes vorgelegt wird. In diesem Knappschaftsgesetz soll die Anordnung zur Verschmelzung der bestehenden Knappschaftspensionskassen zu einem Reichsknappschaftsverein

	1908	1913	Mitgliederzahl der Pensionisten für Jahre 1. Januar 1914
Wernigeroder Knappschaftsverein	0,9	1,4	854
Driloner	1	2	1 000
Lahn	3	4	8 861
Saarbrücker	3	4	40 535
Sangerhütter	4	4	1 262
Rildersdorfer	2	5	938
Niederschlescher	3	5	30 391
Rheinböller Pitte	3	5	167
Soltenbacher	4	5	1 047
Wittgensteiner	6	6	391

Bei dem Wernigeroder Knappschaftsverein, der eine Mit-
tage nur für 1,4 Jahre hat, würde es noch schlimmer aussehen,
wenn die fürstlichen Zuwendungen ausblieben. Bei der Ein-
nahme dieses Vereins für 1912, die 35 800,14 Mark betrug, be-
standen sich 10 000 Mark als Geschenk des Fürsten, 250,27 Mark
als Zuzahlung aus dem Verkauf von Möbeln der höheren
Töchterschule und 430 Mark als Beitrag von Volontären. Ohne
diese Geschenke hätte die Ausgabe von 34 650,51 Mark nicht ge-
deckt werden können.

Seit Jahrzehnten traten weitläufige Kenner und Freunde
des Knappschaftswesens für dessen Vereinheitlichung ein. Die
Organisation der Bergarbeiter arbeitete in der gleichen Rich-
tung. Mehrfach wurde auch von Vertretern der Regierungen die
Notwendigkeit der Beseitigung leistungsunfähiger Vereine
zugegeben. Trotzdem waren bisher nur ungenügende Erfolge
auf diesem Gebiete zu erzielen. Jetzt aber lassen sich energische
Eingriffe auf dem Gebiete des Knappschaftswesens nicht mehr
vermeiden. Die Folgen des Krieges für die Knapp-
schaftsvereine zwingen zu einer weitgehenden Verähnlichung.
Der Krieg bringt eine ungeheure Belastung der Knapp-
schaftsvereine mit sich. Große Vereine können sie überwinden,
kleine und kapital schwache aber müssen ihr erliegen.

Vom Bochumer Knappschaftsverein waren nach Ablauf des
ersten Kriegsjahres 130 000 Mitglieder zum Seeresdienst ein-
berufen, also fast ein Drittel seiner Mitgliederzahl, die 405 025
am 1. Januar 1913 betrug. In anderen Knappschaftsvereinen
wird die Zahl der Eingezogenen prozentual noch höher sein, da
weniger Mitglieder reklamiert wurden. Der vorgenannte Verein
berechnet für das Kriegsjahr einen Ausfall von 49 Millionen
Mark, der sich zusammensetzt aus: Ausfall an Beiträgen unge-
fähr 22 000 000 Mark, der Mehrzugang an Invaliden, wenn nur
3/2 Prozent der Invalidierungen der Kriegsteilnehmer zu-
grunde gelegt werden, erfordert einen jährlichen Rentenbetrag
von 8 000 000 Mark, an Waisen 3 000 000 Mark, demgemäß
würde für ein Kriegsjahr eine Rentenmehrbelastung von etwa
27 000 000 Mark und ein Beitragsausfall von 22 000 000 Mark,
zusammen 49 000 000 Mark, zu veranschlagen sein. Dabei sind
vom Bochumer Knappschaftsverein die neuen Vorschriften des
Knappschaftskriegsgesetzes vom März 1915 noch nicht in Rech-
nung gestellt. Auch werden sich die nachteiligen Folgen des
Krieges auf den Gesundheitszustand der Kriegsteilnehmer erst
später herausstellen.

In den anderen Vereinen wird die prozentuale Belastung
durch den Krieg zum Teil noch größer sein, wie im Allgemeinen
Knappschaftsverein zu Bochum, weil nicht überall der gleichhohe
Prozentsatz der Arbeiter vom Seeresdienst zurückgestellt wurde.
Viele Vereine werden vor dem finanziellen Zusammenbruch
stehen. Seine Erzählung, der Herr Handelsminister Dr. Sydow,
hat bereits in einem Erlasse vom 6. Mai d. J. den Besichtigungen
Ausdruck verliehen, daß der Krieg eine starke Belastung der
Knappschaftsvereine herbeiführe und die Lebensfähigkeit mancher
Vereine in Frage stelle. Die Kgl. Oberbergämter wurden von
ihm beauftragt, die Frage der Anwendbarkeit des § 46 des preu-
ßischen Knappschaftsgesetzes (betreffend Zusammenlegung mehr-
erer Vereine) auf die Knappschaftsvereine der betreffenden Be-
zirke einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfung
sollte sich, wie in dem Erlaß betont ist, in erster Linie auf die
Verhältnisse der kleineren Vereine erstrecken, deren Pensionis-
tassen weniger wie 10 000 Mitglieder zählen, insbesondere aber
die Pensionistenrollen erfassen, die am 1. Januar 1914 noch nicht
einmal das Deckungskapital für die bis zu diesem Tage be-
willigten Renten angeammelt haben. Die stattgefundenen Prü-
fung wird sicher auch den Nachweis erbringen, daß der Zerissen-
heit auf knappschaftlichem Gebiete Einhalt getan werden muß
und auf gesetzlichem Wege eine Vereinheitlichung herbeizuführen

ist. Die Regierungen der in Betracht kommenden Länder
müßten deshalb alles tun, um endlich die Zentralisation im
Knappschaftswesen mit zur Verwirklichung zu bringen, selbst
wenn sie den finanziell schwachen Vereinen bei der Schaf-
fung eines Reichsknappschaftsvereins durch Bewilligung von
Geldmitteln den Anschluß erleichtern müßten.

Eine befriedigende Lösung der Frage wird aber nicht mög-
lich sein, wenn man sich auf die Vereinigung einiger kleinerer
Vereine beschränkt. Es sollte jetzt endlich die schon lange not-
wendige durchgreifende Reform des Knappschaftswesens erfolgen.
Wir bitten deshalb die bestehenden Vereine zu einem einheit-
lichen Reichsknappschaftsverein zu vereinigen. Durch die Erich-
tung von Zweiganstalten und die Einführung verschiedener
Beitragsklassen lassen sich ebenso wie bei der Reichsinvaliden-
versicherung die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Be-
zirken Deutschlands ausreichend berücksichtigen.

Von Gegnern der Verschmelzung der Vereine und Gründung
eines Reichsknappschaftsvereins wird auf die Mißverhältnisse
verbände hingewiesen.

Die Mißverhältnisse erhält von jedem ihr ange-
schlossenen Verein Beiträge, die so bemessen werden, daß sie vor-
ausichtlich ausreichen zur Sicherstellung der von ihnen zur
Mückdeckung gegebenen Pensionen nach dem Kapitaldeckungs-
verfahren.

Bei Knappschaftsvereinen, die nur Mitglieder aus einem
Werke oder auch aus wenigen Werken zählen, wird aber eine
Stillegung trotz Mißverhältnisse für die noch zu be-
willigenden Pensionen schädigend wirken, d. h. Knappschafts-
mitglieder, die noch nicht invalidiert sind, verlieren ihre An-
sprüche, weil eben der Verein zahlungsunfähig wird. Dabei
gehören von 62 preussischen Vereinen der Mißverhältnisse-
anstalt nur 37 mit 561 423 Pensionistenmitgliedern an. 25
Vereine mit 222 216 Pensionistenmitgliedern sind noch nicht
angeschlossen.

Unter diesen Werken sind sechs Vereine, die 101 bis 500,
vier, die bis zu 100 Mitgliedern haben. Es befinden sich unter
den nicht rückversicherten Vereinen 11 mit nur einem Vereins-
werk. Dem bayerischen Knappschaftsverbande sind auch von 22
Vereinen nur 10 angeschlossen.

Nach alle dem von uns hier ausgeführten glauben wir uns
der Hoffnung hingeben zu dürfen, die Regierungen und die
Herren Mitglieder des Reichstages davon überzeugt zu haben,
daß die Vorlage des Entwurfes eines Reichsknappschaftsgesetzes
und die Schaffung eines Reichsknappschaftsvereins höchstnötig ist.

In der Hoffnung, daß unsere Eingabe von Erfolg begleitet
ist, zeichnen

- Mit hochachtungsvollem Glüd auf!
- Gewerkverein der Bergarbeiter (S.-D.).
F. M.: Franz Schmidt.
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
F. M.: Sachs.
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
F. M.: Rogelgang.
- Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter.
F. M.: Mankowski.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Bundesratsverordnung gegen den Wucher.

Die vom Bundesrat erlassene Verordnung zur Fern-
haltung unzuverlässiger Personen vom Handel
umfaßt neun Paragraphen und hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, ins-
besondere Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art, sowie rohen Natur-
erzeugnissen, Holz- und Leuchtstoffen oder mit Gegenständen des Kriegs-
bedarfs ist zu unterjagen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuver-
lässigkeit des Handelstreibenden in bezug auf den Handelsbetrieb dar-
tun. Das Handelsgewerbe, dessen Betrieb unterjagt wird, ist genau
zu bezeichnen. Die Unterjagung ist im Amtsblatt der unterjagenden
Behörde und im „Reichsanzeiger“ bekanntzugeben. Bei der Feststellung
der Tatsachen, welche die Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handels-
betrieb darthun, sind insbesondere zu berücksichtigen: Zwißerhandlungen
gegen die Vorschriften über Höchstpreise, Vorratserhebungen, Preis-
aussetzung und übermäßige Preissteigerung.

§ 2. Die Unterjagung des Handelsbetriebes erfolgt für das
Reichsgebiet. Ist dem Handelstreibenden für den unterjagten Handels-
betrieb ein Erlaubnischein (Wandergewerbechein, Legitimationskarte
und dergleichen) erteilt, so hat Unterjagung den Verlust dieses Scheines
ohne weiteres zur Folge: Die Behörde, die den Betrieb unterjagt

hat, kann seine Wiederaufnahme gestatten, sofern seit der Unterjagung
mindestens drei Monate verfloßen sind.

§ 3. Der Reichsanzeiger und die Landeszentralbehörden können
anordnen, daß der Beginn des Handels mit Gegenständen der be-
zeichneten Art allgemein oder unter bestimmten Voraussetzungen einer
Erlaubnis bedarf. Die Erlaubnis darf nur verjagt werden, wenn
gegen den Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, die seine Unzuverläß-
keit in bezug auf den Handelsbetrieb darthun. Auf den Gewerbe-
betrieb im Umherziehen sind die Vorschriften nicht anzuwenden. Der
Wandergewerbechein und die Legitimationskarte sind aber zu ver-
jagen, wenn bei denjenigen, für welche sie beantragt werden, die be-
zeichneten Voraussetzungen zutreffen.

§ 4. Gegen die Unterjagung des Betriebes und gegen die Ver-
jagung des Erlaubnisses ist nur Beschwerde zulässig. Sie hat keine
aufschiebende Wirkung.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe
bis zu 10 000 Mark wird bestraft, wer der gegen ihn ergangenen Un-
terjagung des Handelsbetriebes zumiderhandelt und wer den Handels-
betrieb ohne die erforderliche Erlaubnis beginnt.

§ 6. Im § 6 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. Aug. 1914
in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1914, wird
folgender Absatz eingefügt: „In den Fällen der Nr. 1 und 2 kann
neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten
des Schuldigen öffentlich bekanntzugeben ist. Auch kann neben Ge-
fängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

§ 7. Im § 5 der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung
vom 23. Juli d. J. wird folgender Absatz 5 eingefügt: „Neben Ge-
fängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt
werden.“

§ 8. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmung zur
Ausführung dieser Verordnung.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung
in Kraft. Der Reichsanzeiger bestimmt den Zeitpunkt des Außerkräf-
tretens.

„Deutsche Bergwerks-Zeitung“ gegen die Kriegsgewinne.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 238 vom 8. Oktober 1915)
schreibt:

Ein schreckliches Beispiel für Kriegsgewinne bietet auch die Zünd-
holzindustrie. Wir verweisen da auf den schon in Nr. 234 der „D.
B.-Z.“ vom 6. Oktober mitgeteilten Abschluß der Stahl & Wölfe A.-G.
für Zündwarenfabrikation zu Kassel. Die Gesellschaft ist im Jahre
1897 begründet worden, aber sie verteilt ausgerechnet für das Krieg-
jahr die Reform-Dividende von 12 Prozent. Im vorigen
Jahre betrug die Dividende 10 Prozent. In Wirklichkeit hätte die
Gesellschaft sogar 24 Prozent Dividende ausschütten können. Sie
nimmt nämlich in das laufende Geschäftsjahr einen Vortrag von
141 318 Mk. herüber, während die Dividende für das abgelaufene Ge-
schäftsjahr einen Betrag von 120 000 Mk. erfordert. Dabei sind für
Gewinnanteile 73 007 Mk. berechnet worden (gegen 32 008 Mk. i. V.).
Kerner sollen die an sich schon namhaften Rücklagen eine neue Ver-
stärkung um 20 000 (20 000) Mk. erfahren. Ohne diese neue Ver-
stärkung der Rücklagen hätte die Gesellschaft sogar 30 Prozent
Dividende ausschütten können. Ermöglicht wurden solche Ge-
winne aber nur durch eine Preissteigerung für die Zündhölzer, die von
den Verbrauchern als geradezu enorm empfunden wird. In dem
Bericht sagt die Verwaltung, die Verkaufspreise mußten erhöht werden
wegen der ungeheuren Steigerung der Rohmaterialien und der er-
heblich teureren Arbeitslöhne. Die Steigerung des Gewinnes zeigt
aber, daß die Erhöhung der Verkaufspreise trotz höheren Löhnen und
Materialpreisen nicht notwendig gewesen ist. Die Gesellschaft hätte
noch ganz gut verdient und wir hätten billigere Zündhölzer, auch
wenn die Preise, wie sie zu Kriegsbeginn bestanden, beibehalten worden
wären. Die Erhöhung der Zündholzpreise ist es, die der Gesellschaft
eine so starke Gewinnsteigerung zugeführt hat. Wird die Gesellschaft
nun zu einer Herabsetzung der Zündholzpreise schreiten? Wird man sich an den maß-
gebenden Stellen solche und ähnliche Abschüsse zurücklegen zu ge-
eigneter Benutzung?

Wir verweisen insbesondere auch noch auf die Bilanz der Leben-
s-Gesellschaft. Auch es sein, daß eine Lebensgesellschaft mehr als
ihre Aktienkapital verdient, während a. W. die Preise für
Ausbeuerung von Schuhen um 100 Prozent gestiegen sind!
Findet sich an den maßgebenden Stellen bald jemand, der regu-
lierend eingzugreifen den Mut besitzt?

Die „D. Bergw.-Ztg.“ nennt eine Dividende von 12 Prozent eine
Notorddividende und ruft nach dem starken Mann, „der regulierend
eingzugreifen den Mut besitzt“. Ganz unsere Meinung. Die „Deutsche
Bergw.-Ztg.“ aber sollte sich einmal in ihrer näheren Umgebung um-
sehen, dort gibt es recht viele Notorddividenden von 12 und mehr
Prozent. Wir verweisen da nur auf unsere Artikel: „Vertierung
der Sprengstoffe“ und „Gewinne der Kriegslieferanten“ in Nr. 21
und 40 der „Bergw.-Ztg.“ Wir verweisen ferner auf die Mies-
gewinne, die durch den gemeingefährlichen Wucher mit Lebensmitteln
und Gebrauchsgüter erzielt werden. Da fragen wir mit der „D.
Bergw.-Ztg.“: „Findet sich an den maßgebenden Stellen bald jemand,
der regulierend eingzugreifen den Mut besitzt?“

Meiner Mutter.

Nicht uns, die fechten, führen, siegen, jällen,
Schlägt dieser Krieg am blutigsten die Wunden —
Er gab uns manche frohen, frischen Stunden —
Die Mütter trifft die schwere Zeit vor allen.

Dem ist's hier draußen auch ein hartes Leben,
Wir lernen schnell, dazwischen uns zu gewöhnen,
Sie aber sind beständig bei den Söhnen
Mit ihren Sorgen unter stetem Wehen.

Wir lernen uns an trockenem Brot zu weiden,
Uns scheint's ein Leben, wie es Fürsten führen,
Sie mag den vollen Keller nicht kränzen:
„Wird auch mein Sohn nicht heute Hunger leiden?“

Uns naht auf freiem Felde tiefer Schlummer,
Und faules Stroh ist uns ein süßes Bett,
Sie aber sieht auf weicher Lagerstätte
Jedweder Schlaf, und rajlos wacht der Kummer.

„Wo mag mein Sohn sich heut wohl niederlegen?
Wird er nicht frieren?“ So geht's ihre Sorgen,
Und schlaflos findet sie der fröhe Morgen,
Und friezend liegt sie unter warmen Decken.

Uns macht der Kampfeslärm nicht mehr bekommen,
Die Kugeln schreden uns nicht mehr die schnellen,
Die nächstens schredlich in den Traum ihr gellen —
Es hat ihr jede ihren Sohn genommen.

Es wird hereinjt der Friede schnell vertreiben
Bei uns des Krieges Ungemach und Wunden,
Ihr aber hlieb ein Zeichen dieser Stunden,
Denn graues Haar wird immer graues bleiben.

„Ja glaub', wenn wir der Mutter einst begegnen,
Wir werden auf die Lide hinken müssen,
In Demut ihre grauen Schenkel küssen:
„O Mutter, sieh! Wir hast dein kreues Segnen!“

Sah deine Hände küssen, deine weihen,
Oh, süße Mutter, laß mich dies dir sagen:
Auch du hast diesen schweren Krieg geschlagen,
So laß mich dich die größte Selbin heißen!“

Ludwig Franz Meyer
Kriegsbeschädigter Unteroffizier (gefallen bei Solms)

Deutsche Verwundete in Lyon.

Auch der Krieg hat nicht alle Regungen edler Menschlichkeit er-
stikt, das zeigt folgende Schilderung über den Austausch deutscher
Schwerverwundeter von Noelle Roger (Deutsch von S. Heße):
Die Gegend um den Perrache-Bahnhof ist sehr belebt: Soldaten
in Erholungsurlaub, besorgte Familien, die einen der Ihren in einem
Spencer Hospital suchen wollen, folgen die langen Rampen eiligst hin-
unter oder hinauf. Ein beständiges Gewirr von Uniformen: rote

Fesen, indigofarbene Mäntel, Horizontblau, fahle Uniformen algeri-
scher Schützen, und Kavalkader, deren khatfarbener Turban das
feine, gebrauchte Gesicht umrahmt.

Auf dem Platze, die Promenade entlang, wandern langsamen
Schrittes gemene Soldaten, oft vorfichtig von einem Kameraden ge-
führt, oft von einer Frau oder einem Greise begleitet. Und man ist
schmerzlich ergötten von der Zahl der jungen Amputierten,
der jungen Blinden. In den Straßen Lyons wird man auf
Schritt und Tritt von der erschrecklichen Wirklichkeit des Krieges bedrückt.

Plötzlich kommen schwere, graue, geschlossene Automobile, die das
Zeichen des roten Kreuzes tragen, das man zu gut hier kennt. Sie
fahren zum Bahnhof, jedoch ist ihre Anwesenheit ganz ungewöhnlich
in der Gegend des Bahnhofes Perrache, denn die Verwundeten passieren
den Perrache-Bahnhof und den Baise-Bahnhof. Dabei auch haben
die Leute den Kopf, hießen stehen und lauschen ihnen nach.

Nach andere Automobile kommen und fahren längs des Güter-
bahnhofs auf. Ohne daß man wüßte, wer sie benachrichtigt, woher
sie gekommen, steht eine schon beträchtliche Menge da und wartet, von
Schuhreuten hinter den Gütern zurückgehalten. Gebulbig, unauf-
dringlich kommen die Menschen, vor, strömen ins Innere, längs der
Fahrdämme auf die Treppen der Schuppen. Sie verhalten sich so
ruhig, daß die beschäftigten Schuhleute sie gewöhnen lassen.

Leise teilt man den Eingekommenen die Neuigkeit mit: „Gleich
kommen deutsche Schwerverwundete zum Austausch!“
Das Warten dauert lange. Auf den Bürgersteigen gegenüber den
grauen Automobilen bleibt die Menge ganz ruhig. Hinter den Gütern
wächst sie von Minute zu Minute.

Neben und Gegenreden erfolgen mit halblauter Stimme. Einer
Frau entschlippen ein paar heßige Worte, ein Herr gibt sie derb zurück,
und der Schemann antwortet nicht weniger derb. Eine ziemlich leb-
hafte Auseinandersetzung erfolgt zwischen den beiden Männern, und
ihre Worte, die mir gerade zuflogen, geben in herber Weise dem
dummen Konflikt Ausdruck:

„Nur kein Mitleid! Man darf sie nicht beklagen. Unser Sohn
ist da oben an der Front! Ihre Reden gehören sich nicht!“
„Ich hindere Sie nicht, kein Mitleid zu haben!“ entgegen der
andre. „Aber Sie wollen mich auch nicht hindern, mitleidig zu sein!“
Der Mitleidige entfernt sich, und wieder herrscht Schweigen.
Plötzlich drang ein Geräusch, ein Rassemurmeln aus dem Innern
des Bahnhofs.

Eine Frau aus dem Volke, neben mir murmelt:
„Es wäre unvernünftig, sie zu beschimpfen!“
„Ich jagt mir: wenn nur das Publikum sich nicht feindselig zeigt...“
Es ist ja eine ganz menschliche, fast berechtigte Feindseligkeit, zu
entschuldigend, weil sie dem Leid und den Ängsten derer entspricht,
die nur die schmerzliche Seite des Krieges kennen. Aber dennoch
drängt sich die Achtung vor den Verwundeten so unbeschreiblich auf, daß
ein Schimpfwort in ihrer Gegenwart Empörung auslösen würde wie
eine Gotteslästerung. Unwillkürlich gitterte ich schon im voraus auf
wof jener Sprecherin einen dankbaren Blick zu.

Da ging eine Bewegung durch die Menge, die Köpfe reckten sich
und ein leises Wort floß durch die Reihen:
„Da sind sie!“

Von französischen Soldaten geleitet, tauchte an einer engen Stelle
zwischen einem Gebäude und der Auffassungsmauer eine Gruppe
Männer in grauer Uniform auf, die flache Hüften trugen. Regungs-
los, tiefenst und unzugänglich standen sie der Menge gegenüber,
während die Türen des ersten Wagens geöffnet wurden und man eine
Nottrappe anbrachte. Einzelst ließ man die Gefangenen vortreten. Sie
stützten sich auf Krücken; Arme fehlten und Beine. Fran-
zösische Krankenträger halfen ihnen beim Einsteigen in die Wagen,
schoben sie und trugen sie halb, während eine weitere Gruppe sich
schon gebildet hatte und gleichfalls wartete.

Bei den Zuschauern herrschte eindrucksvolles Schweigen: kein
Pfeifen, kein Jurauf, nicht einmal das halblaut gemurmelte Wort
„Voches“.

„Dieser hat nur ein Bein!“ sagten die Frauen. „O, sieh na-
den da, wie jung er ist!“

Ein blondes Blasse, fast kindliches Gesicht kam näher. Der Soldat
war in der Hüfte amputiert und ein Bein hing schlaff herab. Man
müßte ihn fast tragen.

Und ich hörte eine weiche Stimme neben mir murmeln: „Armer
Kleiner...“

Der Wagen war besetzt, die Türen wurden geschlossen. Er wurde
fortgeschoben und verschwand zwischen den Reihen stummer Zuschauer.
Der folgende wurde vorgezogen. Und kaltblütig, den Befehlen ge-
horchend, besilicerten abemals deutsche Krüppel vorüber und schienen
niemand zu sehen.

Plötzlich drängten sie nach vorn, zu dem dritten, weit offenen
Automobil — auf Bahnen trugen sie liegende Kranke herbei. Und
während die erste Bahre aufgehängt wurde, stand die zweite wartend
auf dem Boden. Sofort war sie von Männern und Frauen umringt,
die sich herabbeugten und den daliegenden Soldaten hell betrachteten.

„Zurück, alles zurück!“ riefen die Schuhleute.

Die Menge wich ein wenig zurück und drängte im nächsten Augen-
blick wieder vor. Sie verhielt sich so respektvoll und ruhig, daß die
Schuhleute sich nicht weiter ins Mittel legten.

„Den Unjeren“, meinte eine Frau, „geht es genau so,
da hinten in Deutschland...“

Und das Bild, das alle Herzen bebrüdete, stand in schmerzlicher
Macht vor ihnen: rote Hüften, blaue Tuniken und rote Käppis bis
dahin „da hinten“ auch eine solche Gruppe mit denselben Leuten
Gewiß würden sie zu dieser Stunde auch zum Lazarettzug gebracht,
der sie morgen zurückbringen würde. Auch sie zogen vielleicht an einer
betäubten Menge vorüber, die ihre Trauer frag. Auch sie kamen einer
nach dem andern zwischen feindlichen Soldaten vor, von deutschen
Krankenträgern unterstützt. Und ihre bebenden jungen Gestalten waren
wie die für immer verstümmelt. Auch dort führten die großen Krankenwagen
einer nach dem andern vom Hospital zum Bahnhof.

Und zu diesen Verwundeten wanderten alle Gedanken dieser
Menge, die still um die Bahnen stand... zu jenen, und vielleicht auch
ohne es sich zu geschehen, zu den deutschen Müttern, deren
Liebe und Schmerz sind wie unjere Liebe und unjere Schmerz...
zu den deutschen Müttern, die dort in der Ferne warten auf ihre
Söhne...

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte.

Der einarmige Bergmann.

In neuerer Zeit erscheinen Broschüren und Bücher, in denen bildlich dargestellt wird, was verstümmelte Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte bei Verlust von Gliedmaßen usw. noch alles leisten können.

So wird in dem kürzlich erschienenen Buche des Herrn Bergwerksdirektor E. Flemming, Mitglied der Königl. Bergwerksdirektion Saarbrücken und des Vorstandes der Sektion I der Anapropschafts-Vereinsgenossenschaft in der Vorrede dieser Sektion I auch das Buch erschienen, ein einarmiger Bergmann dargestellt (Seite 35), welcher am rechten Arm unterhalb des beweglichen Ellenbogengelenks nur einen circa 18 Zentimeter langen Stumpf hat, trotzdem aber fast sämtliche bergmännischen Arbeiten verrichten kann.

Zu dem Stumpf, dem Organ der Anapropschafts-Vereinsgenossenschaft, Jahrgang 1913, Seite 199, wurde der einarmige Hauer K. auch geschicklich. Herr Bergwerk Flemming hat den Hauptteil dieser Notiz in seinem Buche wortgetreu übernommen.

Auf Seite 90 seines Buches kommt Herr Bergwerk Flemming nochmals auf den einarmigen Kohlenhauer zu sprechen, indem er hervorhebt, daß, wenn jemand die Hand und einen Teil vom Unterarm verliert, aber noch ein bewegliches Ellenbogengelenk an dem Arm behalten hat, so vermag er sich mit dem Stumpf allein in dem noch sehr gut zu behelfen.

Wir stellen den Sachverhalt deshalb so ausführlich richtig, weil wir befürchten, daß Unfallverletzte und Kriegsbeschädigte sonst darunter zu leiden haben, wenn bei ihnen die Rente für verlorene Unterarme festgesetzt wird.

Vielleicht ist es ganz gut, wenn andere Verufe die Richtigkeit der Angaben in solchen Broschüren, Büchern und Abbildungen genau nachprüfen, um Unwahres richtigzustellen und dadurch Kriegsbeschädigte sowie Unfallverletzte vor Schäden zu bewahren.

Unfall eingetreten, auch der Zeitpunkt des Todes habe durch den Unfall (Müdenquellung und Rippenfellentzündung) seine nennenswerte Verschönerung erlitten.

Das Oberversicherungsamt in Dortmund wird die Witwe mit der Klage ab, wobei es sich auf das Gutachten der Bonner Universitäts-Klinik stütze. In dem Gutachten war gesagt, daß S. ohne den Unfall in ungefähr zwei bis drei Monate länger gelebt haben würde.

Es braucht nicht mit den Klägern angenommen zu werden, daß der Tod des S. ausschließlich durch den Unfall vom 15. November 1912 herbeigeführt worden ist. Nach der ständigen Rechtsprechung des R. V. genügt schon die Feststellung, daß der Unfall den Tod des Verstorbenen beschleunigt hat, um die Verklagte mit der Verpflichtung zur Entschädigung der Hinterbliebenen zu befreien.

Sehr zu beklagen ist, daß es für die Rentenforfordernden viel zu lange dauert, bis ihre Ansprüche nach Jahren endgültig zur Entscheidung kommen. Wer da weiß, was solche Unfallverletzte und deren Angehörige während dieser allzulangen Prozessorien zu erleiden haben — man denke nur an die Kindererziehung und oftmals geradezu erniedrigende Behandlung der Verletzten durch die Armenverwaltungen — der wünscht schließlich, daß die Regierung endlich einmal für Abhilfe sorgt.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Kriegsgewinne der Bergwerks-, Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie.

Als Ergänzung unserer Darlegungen im Leitartikel dieser Nr. seien noch folgende Gewinnziffern mitgeteilt. Nach Festung der Hütten- und Abfertigungen erübrigten die

1913/14 1914/15
Dillinger Hüttenwerke (Girma Stumm) 7 660 000 7 480 000 Mk.
Der Kriegsjahresüberschuss ist also nur wenig geringer als der vorjährige, obgleich etwa 30 Prozent weniger produziert wurde.

Die auch Kohlen und Erze fördernde großen Mannesmann-Hüttenwerke erzielten an Heberziffern rein
1913/14 1914/15
6 807 613 Mt. 9 027 490 Mt.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht eine Kriegsgewinnabelle, bei der zu beachten ist, daß 1913/15 die Produktion der Werke 20 bis über 30 Prozent geringer als vorjährig war.

Zu nachstehender Tabelle, die stets vergleichbare Prämie- oder Heberziffernüberschüsse angibt, sind die hauptsächlichst Heresbedarft liefernden Werkgesellschaften durch einen * gekennzeichnet:

Table with 3 columns: Company Name, 1913/14, 1914/15. Includes entries like Deutsch-Luremburg, Phoenix, Rheinische Stahlwerke, etc.

Der aus diesen Zahlen ersichtliche kolossale Mehrertrag zeigt, wo man von den gewaltigen Ausgaben für den Kriegesbedarf profitiert; zeigt aber auch, daß nun die Arbeiterlöhne ankündig erhöht werden können! Organisiert euch schnell und fröhlich, Vergleiche, das allein bringt euch wirtschaftlich vorwärts.

Richtpreise des Kohlenhandels.

In der Unternehmerpresse wird es immer so dargestellt, als ob die Preisverhöhungen des rheinisch-westfälischen Kohlenhandelsmäßig und seine Preispolitik überhaupt vorbildlich seien. Dem widersprechen schon die Richtpreise für die wichtigsten Kohlenarten, wie sie sich seit Bestehen des Kohlenhandels 1893/94 gestaltet haben.

Table with 4 columns: Coal Type, 1893/94, 1913/14, 1915 (ab 1. 9.). Includes entries like Förderkohle, Melierte Förderkohle, etc.

Die Richtpreiserhöhungen seit 1893/94 bis 1913/14 — letzte Höchstpreise vor dem Kriege — gingen schon teilweise bis über 100 Prozent (Verdoppelung) hinaus. Für den Herbst 1915 sind nun abermals, zum zweiten Male seit Kriegsbeginn, erhebliche Preiserhöhungen eingetreten.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Wirtschaftsfriedlichen (Gelben) auf dem Kriegsspielfeld.

Am 1. Oktober fand in Berlin eine von „Wirtschaftsfriedlichen“ Seite organisierte Versammlung von Arbeitern, Unternehmern der Industrie, des Bergbaus und der Staatsbetriebe (III), des Handels, des Bankwesens, der Landwirtschaft und der Schiffahrt statt, wie in der Gelbenpresse wichtigem Bericht wied. „Wirtschaftsfriedlicher der Regierung (III) und zahlreiche Parlamentarier“ ließen an der Tagung teilgenommen haben.

Die Unternehmer sammelten schon die Gelben, um sie nach dem Kriege gegen die für Gleichberechtigung auf allen Gebieten, wenn nötig, kämpfenden freieitliebenden Arbeiter zu gebrauchen! Bereitete euch auf den Empfang dieser Schutztruppen tüchtig vor, Kameraden!

Der schon erwähnte Vorsitzende Jensen referierte über die „Ziele und Bestrebungen“ der Gelben. Er konstatierte, daß „dem übergroßen Teil der Unternehmer und Arbeitgeber das Wohl ihrer Arbeiterchaft am Herzen liegt“, daß in Deutschland „die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse... besser sind als in irgend einem andern Lande“.

Dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie würde uns an dieser Stelle nicht beschäftigen, wenn wir nicht wüßten, daß Herr Jensen und seine gelben Freunde, wenn sie auf die Sozialdemokratie losgehen, in mer die Gewerkschaften mit treffen wollen. Auf dieser Tagung scheint man sogar den Mahnen noch weiter geteilt zu haben.

Herr Rupp-Verlin, der über das Verhältnis der Gelben zu den Gewerkschaften ein besonderes Referat hielt, benutzte ansehend das Konzept seines Vordruckes, sich er begann mit einer Polemik gegen die Meinungen gewisser Politiker, dem deutschen Publikum die Verantwortlichkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften weiszumachen, und auch er forderte von der Sozialdemokratie eine „Erklärung über die zukünftige Stellungnahme“.

Nach Rupp sprach noch ein Herr Dr. Engel-Vom über die „Stellung der Deutschen Vereinigung zur wirtschaftsfriedlichen Idee“, denn folgte die Aussprache. Nach den Berichten wurde den Ausführungen der Redner ungeteilt zugestimmt und allgemein anerkannt, daß die Gelben nach dem Kriege noch notwendiger seien als vorher. Was die Sozialdemokratie veranlassen sollte, ihren Standpunkt zurückzulassen, „läge auf der Hand“.

Vermutlicherweise sah sich als die gelbe Tagung selbst ist das eine, das sie in der Unternehmerpresse ausgelöst hat. Die schärferen „Arbeiter-Zeitung“, deren Haltung in den ersten Kriegswochen sehr gewerkschaftsfreundlich war, gerät jetzt in Entzügen über das Eintreten und das Ergebnis der „gemischten“ Versammlung. Sie schreibt unter der Überschrift „National und wirtschaftsfriedlich“:

Es ist die Stunde gekommen, in der eine nationale und wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung größeren Umfangs einzusetzen hat, richtiger gesagt, in der sich eigentlich die ganze Arbeiterbewegung zu einer nationalen und wirtschaftsfriedlichen ausgestalten müßte...

Da wären wir also glücklich angefangen! Entweder die ganze Arbeiterbewegung befehrt sich zum gelben Programm oder die Unternehmer benutzen die Zeit des Bürgerkriegs, um der gelben Bewegung Wind in die Segel zu blasen.

Daß man sich nicht auf die bekannten Kundgebungen der Arbeitgeberverbände „Syndikatsarbeit“ und, wie man kürzlich der Öffentlichkeit glauben machen wollte, genau so wenig auf die Meinungsäußerungen der „Arbeiter-Zeitung“ Redaktionsgegenstand. Geizig sprechen beide nicht den Auffassungen aller Unternehmer, wohl aber denen eines großen einflussreichen Teils. Es heißt die Arbeiter einzulassen, gefährliche und bedenkliche Anzeichen ignorieren, wenn man die bürgerlichen, gewerkschaftsfreundlichen Äußerungen einflussreicher Politiker und Professoren als Verbote und Bürgerpflicht einer neuen Zeit verteidigt, die plattformartige Zukunftsarbeit der maßgebenden Unternehmervereinigungen und Unternehmerblätter aber als entscheidbare und unwichtige Rückfälle in voraustrückliche Stimmungen einschätzt.

Daß man sich nicht auf die bekannten Kundgebungen der Arbeitgeberverbände „Syndikatsarbeit“ und, wie man kürzlich der Öffentlichkeit glauben machen wollte, genau so wenig auf die Meinungsäußerungen der „Arbeiter-Zeitung“ Redaktionsgegenstand.

Zu der gelben „Arbeitsgemeinschaft“ schreibt dann der „Textilarbeiter“, das Organ des freigewerkschaftlichen Textilarbeiterverbandes:

„Nach die freien Gewerkschaften sind nicht Feinde von Arbeitsgemeinschaften mit Arbeitgebern; die zahlreichen Tarifverträge, die zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossen worden sind, legen hinreichend Zeugnis dafür ab. Wenn man also weiter nichts erfährt, wie eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern zur Hebung des Arbeiterstandes, wie es in der angenommenen Resolution heißt, dann braucht man keine neuen Organisationsgebäude für die Arbeiter. Aber man verleihe eben unter der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine mit

Aus unseren Rechtschutzbureaus.

2 243,27 Mark Rentennachzahlung.

dazu eine monatliche Rente im Betrage von 11,20 Mark wurde der Witwe unseres Mitgliedes Ferdinand S. aus Duisburg-Weidich durch unser Arbeitersekretariat in Oberhausen erlitten. Der Sachverhalt war folgender:

Unser Kamerad S. litt seit dem Jahre 1909 an einer Lungen- und Rippenfellentzündung. Er mußte mehrere Monate krank feiern und wurde Berginvalid. Vom Jahre 1910 ab arbeitete S. aber wieder als Hauer. Seine Kameraden befürchteten zeitweilig, daß ihnen bei S. während der zweijährigen Dauererkrankung weiter nichts als die heifere Sprache aufgefallen sei. Am 15. November 1912 erkrankte S. einem Unfall durch Steinfall aus dem Hangenden, aus dem schlug ihm ein Stempel heftig in den Rücken. Der behandelnde Arzt stellte Rippenfellentzündung fest. Nach elf Tagen entwickelte sich ein rechtsseitiger Rippenfellerguß. S. kam ins Krankenhaus, von wo er am 14. Januar 1913 entlassen wurde. Dann mußte er zu Hause weiter feiern. Ohne daß er die Arbeit wieder aufgenommen, starb S. am 23. Sept. 1913.

Die Anapropschafts-Vereinsgenossenschaft zahlte für die Zeit vom 15. Februar bis zum Mai 1913 die Volkrente und von da ab bis zum Tode eine 33 1/2 prozentige Teilrente.

Unter solchen Umständen forderte die Witwe des verstorbenen Kameraden für sich und ihre drei Kinder die Hinterbliebenenrente. Die Anapropschafts-Vereinsgenossenschaft lehnte den Anspruch der Witwe ab. Begründend führte sie aus, daß der Tod des Verletzten die natürliche Folge der bereits seit 1909 bestehenden Lungen- und Rippenfellentzündung gewesen. Der Tod wäre mit Sicherheit auch ohne den

den Arbeitgebern etwas ganz anderes, wie die Erstrebung von Tarif-

überaus tapfere Sobelsohn ist ein feiger Maul-

Knappschaffliches.

Knappschaffsrechte der Bergarbeiter im elsässischen Kallgebiet.

Am Schlusse des Jahres 1918 bestanden in Elsass-Lothringen acht

Der stärkste unter den acht Vereinen ist der im Februar 1907

Zum Elsass-Lothringischen Knappschaffsverein sind auch die 2889

Als der Krieg ausbrach und die Franzosen ins Elsass einbrangen,

Man wird nun wohl nicht behaupten wollen, daß diese Knapp-

Nicht allein die Mitglieder, welche zum Heeresdienst einberufen

Sollte der Vorstand des Elsass-Lothringischen Knappschaffsvereins

Der Elsass-Lothringische Knappschaffsverein stellt sich auch jetzt

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Waaler Mulde. Hier sind die Kameraden Niehl und

Beide Bergmannsgrub I und II. Hier beklagen sich die Arbeiter,

Beide Mont Cenis II. Der Wagenmangel hat hier schon wieder-

Rödigreiß Sachlen.

Grube Dora und Helene bei Koblitz. Eigene Wege geht die Ver-

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Myslowitz. Hier brach am Sonntag, den 17. Oktober, unter

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Richard Bergert †

aus Kienitz ist am 18. Oktober 1918 auf Bege Konstantin der

die Zahlstelle während des Krieges zu leiten. Im August d. J. wurde

Was wird nach dem Kriege kommen?

Unabhängige Bergleute sind des Glaubens, nach dem Kriege läme

„Was sodann die Feuerung der Lebenshaltung angeht, so werden

Die Ermächtigung der jetzt ungeheuer hohen Lebensmittelpreise

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Kurze, aber erfolgreiche Lohnbewegung.

Die Bergarbeiter der Obemgrube bei Kattowitz verweigerten

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die

Achtung, Kameraden von Niederschlesien!

Diejenigen Kameraden, welche ihre Anerkennungsgebühren für

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines

Adressenveränderungen.

Buer. Der Vertrauensmann Emmel wohnt vom 1. November

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen: Wilhelm Granenberg Seven.

Bergarbeiter-Taschentalender für das Jahr 1916